

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Donnerstag, 17. Februar 2011 16:57
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Sammelmeldung 18.11.2011

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES
INFORMATIONSDIENSTES
VOM 17.02.2011 16:55:28**

**Alle Aussendungen des Informationsdienstes der Plattform
EduCare können Sie auch im Internet nachschlagen:
<http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm>**

Wir ersuchen alle **Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes und Sympathisanten**, unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen. Ein Richtwert für Private könnte etwa eine **Zuwendung von € 50,00** sein: **jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich willkommen.**

TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir auch über jeden darunter liegenden Beitrag froh sind.

**Konto-Nummer: 09726603500,
Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group,
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500,
BIC: BKAUATWW.**

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement im Vorhinein sehr herzlich!

MEINUNG 3

Fürnrath-Moretti: Nicht Q_oten schaffen, sondern Kompetenzen stärken! 3

TOP-THEMA 4

Kinderbetre_ong: Unz_oFriedene ExpertInnen 4

[BIP-Vergleiche](#) 5
[Entfernt von EU-Zielen](#) 5

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN 5

["Erwin Pröll ist Vater des Volksbegehrens": "Bildungsterminator" Androsch im Interview](#) 5

[Warum dieses Volksbegehren so wichtig ist](#) 9

[Stellungnahme der Österreichischen Montessori-Gesellschaft zum Bildungsvolksbegehren](#) 9

[Bildungsvolksbegehren erst im September](#) 14

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN 14

[PH-Online](#) 14

[Berufsbegleitender Lehrgang für Quereinsteigerinnen zu Kindergartenpädagoginnen am bfi in Linz](#) 15

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM 15

[Gesetze Bundesländer](#) 15

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#) 16

[Ministerin soll Taten setzen und keine Wünsche ins Christkind formulieren - Grüne für weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze](#) 16

[Bundeszuschuss: 17.621 neue Kindergartenplätze](#) 16

BURGENLAND 17

[Meldungen: keine](#) 17

KÄRNTEN 17

[Meldungen: keine](#) 17

NIEDERÖSTERREICH 17

[Meldungen: keine](#) 17

OBERÖSTERREICH 17

[Meldungen:](#) 17

[Vier Strafverfahren wegen Kindergartenpflicht-Verletzung](#) 17

SALZBURG 17

[Meldungen: keine](#) 17

STEIERMARK 18

[Meldungen:](#) 18

[Ländersrätin Elisabeth Grossmann kämpft um Vollths Erbe Grötkindergärten: "Mein Spielraum ist sehr klein"](#) 18

TIROL 19

[Meldungen: keine](#) 19

VIENNA 20

[Meldungen:](#) 20

[Verbesserung der Kindergarten-Öffnungszeiten](#) 20

WIEN 21

[Meldungen:](#) 21

[VP-Merk: Zahlreiche bildungspolitische Brennpunkte in Wien](#) 21

FAMILIENPOLITIK 21

[Gemeinsame Elternsorge inklusive "roter Karte" geplant](#) 21

[Kontakt zum Kind schläft ein](#) 22

KINDERRECHTE 22**EU-Kommissarin mahnt: Österreich bei Kinderrechten säumig 22****"Bitterböser Zynismus" im neuen Fremdenrechtspaket 23****PLATTFORM EDUCARE 23**[Selbstverständnis](#) 23[Forderungen](#) 23[Mitglieder](#) 23[Presse-Aussendungen](#) 23**Plattform EduCare | Facebook 24****IMPRESSUM UND HINWEISE 24**

-

MEINUNG

Fürntrath-Moretti: Nicht Quoten schaffen, sondern Kompetenzen stärken!

Utl.: FiW tritt für zielgerichtete Frauenförderung ein, um den Weg in Führungspositionen zu ebnen - Rahmenbedingungen für Frauen verbessern =

Wien (OTS/PWK103) - "In der aktuellen Diskussion über mehr Frauen in Führungspositionen darf nicht als einzige Antwort die Quotenkeule geschwungen werden. Unser Motto lautet Kompetenzen stärken und nicht Quoten schaffen", betont Adelheid Fürntrath-Moretti, Bundesvorsitzende von "Frau in der Wirtschaft" (FiW), anlässlich der aktuellen Forderung von AK-Präsident Herbert Tumpel nach Einführung einer gesetzlichen Frauenquote.

"Es ist natürlich wünschenswert, mehr qualifizierte Frauen in Aufsichtsratspositionen zu bekommen, aber es geht um mehr, als den Frauenanteil in den Aufsichtsräten der über 150 börsennotierten Unternehmen zu erhöhen," so Fürntrath-Moretti. "Bereits bei mehr als einem Drittel aller kleinen mittelständischen Unternehmen stehen Frauen an der Spitze und diese 400.000 Unternehmen bilden schließlich das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft", erklärt Fürntrath-Moretti. Hier verweist die Sprecherin der österreichischen Unternehmerinnen auf die aktuellen Zahlen, die belegen, dass 14,3 Prozent aller Aufsichtsratspositionen in Österreich von Frauen eingenommen werden.

Rahmenbedingungen schaffen und Aufstiegschancen verbessern

Viel mehr als Frauenquoten in Spitzenpositionen ginge es darum, die Aufstiegschancen der Frauen in Unternehmen zielgerichtet zu fördern, wie z.B. durch die Initiative "Zukunft.Frauen", sowie endlich die

notwendigen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. "Was die Frauen in diesem Land - und nicht nur jene in den Führungsetagen - wirklich brauchen, ist eine flexible und flächendeckende Kinderbetreuung für Kinder von 0 bis 15 Jahren", so Fürntrath-Moretti abschließend. (ES)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Frau in der Wirtschaft
Mag. Elisabeth Zehetner
Tel.: Tel.: (+43) 0590 900-3018
mailto: fiw@wko.at
<http://wko.at/unternehmerin>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** □TS-□RIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTW□RTUNG DES AUSENDERS - WWW.□TS.AT ***

TOP-THEMA

Kinderbetreuung: Unzufriedene ExpertInnen

Nachholbedarf bei außerfamiliärer Beaufsichtigung, frühen Hilfen und finanzieller Unterstützung - EU-Ziele lange nicht erreicht

Wien - Bei der Betreuung und Umsorgung von Kleinkindern gibt es in Österreich laut ExpertInnen große Defizite. Ein Problembereich ist die außerfamiliäre Beaufsichtigung: "Die kleinen Kinder werden immer noch größtenteils von den Müttern alleine erzogen", kritisierte Katharina Kruppa, Vorsitzende der Gesellschaft für Seelische Gesundheit in der Frühen Kindheit (GAIMH), die von 17. bis 19. Februar in Wien ihre Jahrestagung abhält. "Es gibt lange Wartezeiten, wenn Mütter Hilfe suchen und sagen, ich bin überfordert."

Die Unterstützung für unter Dreijährige ist laut GAIMH nicht ausreichend, wodurch Traumata entstehen, die während des Heranwachsens und später für Probleme sorgen. "Alles was Kleinkinder betrifft, wird auf körperliche Bedürfnisbefriedigung beschränkt", so Kruppa. Die □ECD habe Österreich, was die Kinder- und Jugendgesundheit betreffe, an die letzte Stelle gereiht, kritisierte auch Klaus Vavrik, Präsident der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. 20.000 bis 40.000 unter Vierjährige bzw. fünf bis zehn Prozent aller Kinder wüchsen in belasteten Situationen auf. Die Folgen seien erhöhte Suchtraten, mehr Sozialstörungen und eine doppelte Häufigkeit von Depressionen.

Laut Vavrik mangelt es vor allem an frühen Hilfen, sprich aufsuchenden Präventivangeboten der Jugendwohlfahrt. Hier müsse ein flächendeckendes System in ganz Österreich durch die Bundesländer, die Ministerien für Gesundheit, Familien und Soziales aufgebaut werden. Klar sei aber auch, dass man nicht alle Vorfälle - wie jenen des in Vorarlberg totgeprügelten dreijährigen Cain - verhindern könne. "Das wäre vermessen", so Vavrik.

BIP-Vergleiche

Auch bei der finanziellen Förderung stellt die □ECD laut Analysen aus dem Jahr 2004

Österreich kein gutes Zeugnis aus: Es wird laut Psychologin Lieselotte Ahnert viel Geld - 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) - in Form von Kinderbetreuungsgeld ausgegeben, durch dessen freie Verfügbarkeit, aber nicht sichergestellt ist, dass die Unterstützung auch tatsächlich den Kindern zugutekommt. Im Vergleich würden nur 0,4 Prozent des BIP für frühe Bildung ausgegeben, was minimal sei. In Schweden und Dänemark liege der Beitrag bei zwei Prozent.

Entfernt von EU-Zielen

Auch bei den Betreuungsplätzen für Kleinkinder orten die ExpertInnen Nachholbedarf: Gemäß einem EU-Beschluss aus dem Jahr 2002 sollten für Unter-Dreijährige zu 30 Prozent Plätze zur Verfügung stehen, was in Österreich mit einem tatsächlichen Wert von 15,8 Prozent weit unterboten wird. Nur Wien erreicht die Vorgabe mit 26,8 Prozent nahezu, in der Steiermark sind es hingegen nur 7,7 Prozent.

15 bis 20 Kinder pro Hortgruppe seien zu viel. Bei zwei Betreuern sollten es nicht mehr als zehn Mädchen und Buben sein. Seien Babys darunter, müsse die Grenze sogar bei acht bis neun Plätzen liegen. Der Grund: Ein Säugling beansprucht laut Ahnert 40 Prozent der Aufmerksamkeit der Betreuungsperson. Bei der GAIMH-Tagung soll eine Resolution mit Forderungen unterschrieben werden

<http://diestandard.at/1297818260178/Kinderbetreuung-Unzufriedene-ExpertInnen>

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

"Erwin Pröll ist Vater des Volksbegehrens": "Bildungsterminator" Androsch im Interview

- Industriekapitän erklärt seine Bildungsinitiative
- "Bildung vernachlässigen ist kollektiver Selbstmord"
- Plus: Begehrenswoche soll im September stattfinden

Erfolgreicher Industriekapitän, umsichtiger Kommentator, "bester Bundeskanzler, den Österreich nie hatte" - die Liste der Ehrerbietungen, die Hannes Androsch im Laufe seines Lebens zuteil wurden, ist lang. Und jetzt soll der 72-jährige Unternehmer als "Bildungsterminator" auch noch das österreichische Bildungssystem retten. Im Interview mit NEWS.at spricht Androsch über den Auslöser und weiteren Fahrplan seines ehrgeizigen Bildungsvolksbegehrens, den lähmenden Stillstand in der österreichischen Bildungspolitik und warum er mit 72 niemandem mehr gefallen muss.

NEWS.at: Nach Veröffentlichung des Forderungstextes ist es zuletzt wieder etwas ruhiger um Ihre Initiative geworden. Wie zufrieden sind Sie denn mit dem Start des Bildungsvolksbegehrens?

Androsch: Ich bin sehr froh darüber, dass unser Anliegen seit drei Monaten zum zentralen Thema geworden ist. Die beiden Regierungsparteien haben das laufende Jahr ja zum „Jahr der Bildung“ erklärt. Das ist schön, muss aber noch umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund beginnen wir die Unterstützungsunterschriften zu sammeln.

NEWS.at: Fürchten Sie nicht, dass Ihnen die Wehrpflicht-Debatte heuer die Show stiehlt?

Androsch: Unser Ziel, das Bildungsniveau zu heben, ist keine Show, sondern eine Notwendigkeit. Bildung ist das wichtigste Zukunftsthema, es zu vernachlässigen gleicht einem kollektiven Selbstmord. Und wenn der Staat Milliarden für Frühpensionen und unsinnige Umschulungen, die gar keine sind, hinausschmeißt, ist das ein doppelter kollektiver Selbstmord. Aber das soll nicht heißen, dass das ganze Jahr nur über ein Thema gesprochen werden soll.

"Erwin Pröll hat das Häferl zum Überlaufen gebracht"

NEWS.at: Bei der Auftaktveranstaltung Ihrer Initiative im Jänner ertönte die Musik aus dem Film „Mission Impossible“. Woher nehmen Sie die Zuversicht, dass Ihre Mission doch in Erfüllung geht?

Androsch: Weil der Frust der Menschen in diesem Land wegen mangelnder Veränderung in der Bildungspolitik schon so groß ist. Es herrscht eine Grundstimmung, dass endlich etwas geschehen muss.

NEWS.at: Warum haben Sie diese Initiative erst jetzt gesetzt? Immerhin sind Sie seit über 40 Jahren politisch aktiv.

Androsch: Irgendwann war bei mir einfach das Häferl voll. Eine Bildungsinitiative war längst überfällig, da ist in den letzten 20 Jahren überhaupt nichts weitergegangen.

NEWS.at: Was hat das Häferl zum Überlaufen gebracht?

Androsch: [Eindeutig Erwin Prälls Forderung nach der Verlängerung der Bundeslehrer.](#) Wenn man so will, ist er der Vater des Bildungsvolksbegehrens.

NEWS.at: Und jetzt gelten Sie als Retter des österreichischen Bildungssystems – gefällt Ihnen dieses Image?

Androsch: Ich muss weder mir noch irgendjemandem gefallen. Altersmäßig bin ich ohnehin schon über der Baumgrenze. Peter Ustinov hat einmal gesagt, der Vorteil älterer Männer ist, dass sie sich vor nichts mehr fürchten müssen. Mir geht es um die Zukunft des Landes und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Meine persönliche Empfindlichkeit ist dabei völlig unerheblich.

NEWS.at: SPÖ, Grüne und BZÖ wollen das Volksbegehren unterschreiben, die ÖVP erwartungsgemäß nicht. Auch die FPÖ verweigert Ihnen die Unterstützung. Legen Sie Wert darauf, die Freiheitlichen vielleicht noch auf Ihre Seite zu ziehen?

Androsch: Das ist ein überparteiliches Volksbegehren. Ich lege keinen Wert auf die Unterstützung von Parteien, sondern vielmehr auf die Unterstützung der „Mutbürger“. Alle Kritiker, Raunzer, Unzufriedenen haben jetzt die Gelegenheit, etwas für ihr Land zu tun.

NEWS.at: Was ist eigentlich bei Ihrem Gespräch mit FPÖ-Chef Strache herausgekommen?

Androsch: Er hat sich unsere Forderungen angehört und danach angekündigt, dass er das Bildungsvolksbegehren nicht unterstützen will. Ich habe da keinen Erklärungsbedarf, vielmehr muss er sich gegenüber den jungen Menschen erklären, wie wichtig ihm das Thema Bildung ist.

NEWS.at: Theoretisch hätten Ihre bildungspolitischen Anliegen durch die Unterstützung von Rot, Grün und BZÖ eine knappe Mehrheit im Parlament... wozu dann noch ein Volksbegehren?

Androsch: Wir sind kein Ersatz für die politischen Entscheidungsträger. Sinn unseres Volksbegehrens ist es, diese Lähmung, diesen Stillstand in der Politik aufzubrechen. Wir haben die letzten 20 Jahre in der Bildungspolitik verschlafen, wie man von Bildungsexperten und aus der Wirtschaft bestätigt bekommt.

NEWS.at: Verstehen Sie es, dass Kanzler Faymann das Bildungsvolksbegehren zwar

unterstützt, aber nicht unterschreiben will?

Androsch: Das habe ich auch nicht von ihm erwartet. Die Spitzenpolitiker sind schließlich die Adressaten des Volksbegehrens, insbesondere die beiden Bildungsministerinnen (Karl und Schmied, Anm.), weil die mit ihren Reformbemühungen im Regen stehen gelassen werden. Da muss man ihren Häuptlingen erklären, dass das beim Volk in höchstem Maße unerwünscht ist.

Schwammige Religionskriege

NEWS.at: Es gab aber nicht nur Schützenhilfe, einige Unterstützer sind Ihnen sofort nach Bekanntwerden des Textes abhanden gekommen. Die Formulierungen im Text des Bildungsvolksbegehrens seien „zu schwammig, zu wenig substantiell“, warf Ihnen etwa die ÖH vor.

Androsch: Es kann jeder sagen, was er will. Das Volksbegehren ist ja kein Wunschkonzert oder Sektenprogramm. Wenn man sich die Wahlbeteiligung bei den letzten ÖH-Wahlen ansieht, sollte sich die HochschülerInnenschaft lieber um ihre eigene Legitimation Sorgen machen. Die Formulierungen im Volksbegehren sind nicht schwammig. In den fünf Seiten steht alles drin.

NEWS.at: Den Kritikern des Volksbegehrens fehlt vor allem die konkrete Forderung nach einer Gesamtschule. Sie selbst treten für eine „leistungsdifferenzierte, hochwertige, gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht ein“? Könnten Sie uns bitte den Unterschied zwischen Gesamtschule und gemeinsamer Schule erklären?

Androsch: Dieser „Religionskrieg“ um gewisse Worthülsen wie „Gesamtschule“ oder „Studiengebühren“ führt doch zu nichts. Man muss zuerst die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Zuerst brauchen wir ein breites Angebot an Ganztagschulen, nicht als Zwangsbeglückung, sondern als Wahlmöglichkeit. Lasst viele Blumen blühen, ist das Motto.

NEWS.at: Wenn Sie eh für die Gesamtschule sind - warum haben Sie's dann nicht einfach reingeschrieben?

Androsch: Wir haben es ja hineingeschrieben, aber mit dem Verständnis, dass ohne geeignete Voraussetzungen – ich rede von Infrastruktur, Lehrerselektion und -ausbildung – die Umsetzung einer flächendeckenden Gesamtschule nicht funktionieren wird. Es geht nicht darum, was vorne draufsteht, sondern was dahinter passiert. Und das ist ein mühevoller Weg, der wird zehn, 15 Jahre dauern, mit einem einzigen Donnerschlag wird es nicht gehen. Das wissen wir aus den Ländern, die die Gesamtschule bereits umgesetzt haben – Finnland als allererstes und erfolgreichstes Beispiel.

"Volksbegehren ist keine Playboy-Veranstaltung"

NEWS.at: Bei der Formulierung des Forderungstextes haben sie bewusst auf gewisse Reizwörter wie Gesamtschule oder Studiengebühren verzichtet, manche werfen ihnen dahingehend Mutlosigkeit vor. Könnten Sie mit provokanteren Forderungen nicht mehr Aufmerksamkeit erregen und dadurch mehr Leute zum Unterschreiben bewegen?

Androsch: Das Bildungsvolksbegehren ist keine Playboy-Veranstaltung, um irgendwelche Reize zu wecken. Da geht es um die Zukunft dieses Landes. Was wir anstreben, ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Wenn jemand Geilheits-Probleme hat, soll er ins Babylon (Etablissement in Wien, Anm.) gehen - und nicht zum Volksbegehren.

NEWS.at: Die Liste ihrer Forderungen ist lang - eine Umsetzung dieser käme nicht billig. Haben Sie sich auch über die Finanzierung Ihrer Anliegen Gedanken gemacht?

Androsch: Österreich hat eines der teuersten Bildungssysteme, allerdings mit einem der schlechtesten Ergebnisse, siehe PISA. Das Geld ist zwar da, aber es kommt nicht an. Eine

Faustregel besagt, dass von zwei Euro, die ins Schulsystem fließen, nur ein Euro im Unterricht ankommt. Von fünf Schulverwaltungsebenen sind drei überflüssig. Wir brauchen eine einheitliche Zuständigkeit des Bundes für bildungsstrategische Maßnahmen und eine weitgehende Autonomie der Schulleitungen. Dazwischen ist alles verschwendetes Geld.

Alte sollen für Junge spenden

NEWS.at: Morgen geben Sie eine gemeinsame Pressekonferenz mit der Industriellenvereinigung (IV). Wie haben Sie die denn auf Ihre Seite schlagen können? Anfangs gab es von dieser Seite ja noch Skepsis.

Androsch: Die IV hat ihre Vorstellungen von der Bildungspolitik, die sie längst erarbeitet haben, wir haben unsere und da haben wir letztlich eine weitgehende Übereinstimmung gefunden.

NEWS.at: Ist man der IV bei der Formulierung der Forderungen entgegengekommen?

Androsch: Natürlich haben wir auch auf die Vorschläge der IV Rücksicht genommen. Denn im Wesentlichen geht es uns beiden um dasselbe: Eine leistungsbezogene Anhebung des Bildungsniveaus.

NEWS.at: Gibt es auch finanzielle Unterstützung von der IV?

Androsch: Nein. Aber ich gehe davon aus, dass uns viele Wirtschaftstreibende unterstützen werden und außerdem werden wir alle in diesem Land dazu einladen, besonders die Pensionisten, als Symbol und Ausdruck für die Generationengerechtigkeit zwei Euro pro Kopf beizusteuern.

NEWS.at: Sie wollen also eine Spendeninitiative starten?

Androsch: Ja, das Geld soll zur Unterstützung der Jugend und für die Hochbegabtenförderung verwendet werden.

NEWS.at: Wie lautet denn die weitere Marschroute für das Volksbegehren?

Androsch: Wir lassen uns jetzt bis Ende Mai, Mitte Juni einmal Zeit, um möglichst viele Unterstützungserklärungen zu sammeln (rund 8.000 sind notwendig, Anm.). Wir hoffen, dass wir die Begehrenswoche dann in der zweiten September-Hälfte abhalten können.

NEWS.at: Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Wie haben Sie sich eigentlich in der Schule geschlagen?

Androsch: Unterschiedlich, das war vom jeweiligen Lehrer abhängig. Ein Streber war ich aber sicherlich nicht.

Jörg Tschürtz

<http://www.news.at/articles/1107/8/289187/erwin-proell-vater-volksbegehrens-bildungsterminator-androsch-interview>

Warum dieses Volksbegehren so wichtig ist

Unsere Jugend sichert den Wohlstand unseres Landes. Mit dem aktuellen Bildungssystem erhalten junge Menschen in Österreich nicht genügend Qualifikation, um sich dauerhaft behaupten zu können.

Das Volksbegehren Bildungsinitiative „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ (VBBI) erzeugt mit Ihrer Unterschrift den Druck für die Bildungsreform.

- Der Antragstext zum Volksbegehren: Die Forderungen im [Detail](#)

- Mehr erfahren über das [Procedere zum Volksbegehren Bildungsinitiative](#)
- Wie ein Volksbegehren in Österreich funktioniert: Infos zum [gesetzlichen Bestimmen](#)

Stellungnahme der Österreichischen Montessori-Gesellschaft zum Bildungsvolksbegehren

Von: Österreichische Montessori-Gesellschaft [mailto:omg@montessori.at]

Gesendet: Montag, 14. Februar 2011 12:14

An: informationsdienst@plattform-educare.org

Betreff: Presseaussendung der Österreichischen Montessori-Gesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne möchten wir Ihnen die aktuelle Stellungnahme der Österreichischen Montessori-Gesellschaft übermitteln, die ins Bildungsvolksbegehren eingebracht wurde.

Rückfragen bitte an

Herrn Mag. Saša Lapter

E-Mail: info@mi4.at

Telefon: +43 699 8110 19 65



Österreichische Montessori-Gesellschaft

Hüttelbergstraße 5

1140 Wien

omg@montessori.at

www.montessori.at

Presseaussendung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Österreichische Montessori-Gesellschaft (ÖMG) wurde im Jahre 1993 gegründet und vertritt als Dachverband eine Reihe von Einrichtungen der Montessori-Pädagogik, darunter 25 Einrichtungen der Vorschul- und Kleinkindpädagogik und 11 Schulen. In den Mitgliedseinrichtungen der Österreichischen Montessori-Gesellschaft werden derzeit rund 1200 Kinder betreut.

Mit großem Interesse verfolgen wir das von Ihnen in die Wege geleitete Bildungsvolksbegehren und sehen darin eine Chance, wichtige Veränderungen in der Österreichischen Bildungslandschaft herbeizuführen.

Auf diesem Wege möchten wir Ihnen unsere Anliegen mitteilen.

Die meisten unserer Mitgliedseinrichtungen stehen in freier Trägerschaft. Das liegt vor allem darin, dass in diesem Rahmen der hohe pädagogische Anspruch der Montessori-Pädagogik am besten umgesetzt werden kann. Der Beitrag dieser Einrichtungen für die Österreichische Bildungslandschaft besteht unter anderem in folgendem:

- Kinder werden individuell nach den Grundsätzen der Montessori-Pädagogik gefördert: *sie lernen im Rahmen vorgegebener Strukturen selbstständig zu arbeiten, sich über einen langen Zeitraum selbst zu motivieren und bei der Sache zu bleiben, sowie auf andere Menschen und deren Bedürfnisse zu achten.*
- Öffentlichen Bildungspläne und Lehrziele werden vollständig erreicht und oft wesentlich

übertraffen. *Schon im Kindergartenalter legt Montessori-Pädagogik neben der Vermittlung grundlegender Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen Wert auf die Vermittlung von Kenntnissen aus Natur- und Humanwissenschaften.*

- in allen Bereichen wird ganzheitliches Lernen ermöglicht.
- Es werden gezielt Kinder mit besonderen Bedürfnissen integriert und gefördert, sowohl im Bereich der Hochbegabungen als auch bei den verschiedenen Formen von Entwicklungsverzögerungen.
- Es wird für Eltern, die sich für das spezielle Bildungsangebot interessieren, die notwendige Vielfalt der Bildungslandschaft geschaffen.
- Es werden und werden didaktisch-methodische Konzepte entwickelt, erprobt und umgesetzt, die in das öffentliche Bildungssystem übernommen werden bzw. werden können (*beispielsweise altersgemischte Lerngruppen, Frühförderung, alternative Leistungsfeststellungsmodelle und Ähnliches*)
- Nicht zuletzt: es werden erhebliche Ressourcen (zum Teil ehrenamtlich, zum Teil durch Eltern finanziert) für die Bildung der Kinder zur Verfügung gestellt, die sich die öffentliche Hand dadurch erspart.

Für diese Einrichtungen fordern wir:

Eine gerechte Beteiligung der öffentlichen Hand an den Kosten der Einrichtungen in freier Trägerschaft

Im Bereich der Vorschul- und Kleinkindpädagogik werden bei öffentlichen Einrichtungen die vollen Kosten ersetzt, bei Einrichtungen in freier Trägerschaft richtet sich die Förderung nicht nach den tatsächlichen Kosten sondern fällt wesentlich niedriger aus als der Betrag, der für die Betreuung eines Kindes in einer öffentlichen Einrichtung aufgewendet wird. Während die Beschulung in öffentlichen Schulen für die Familien zumindest im Kernbereich Unterricht weitestgehend kostenfrei ist und bei konfessionellen Privatschulen der Personalaufwand vom Bund übernommen wird, werden Schulen in freier Trägerschaft nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehender Mittel gefördert (was in der Praxis nie mehr als ca. ein Fünftel der Kosten betrug). Dabei arbeiten Einrichtungen in freier Trägerschaft in der Regel kostengünstiger als vergleichbare öffentliche Einrichtungen.

Wir fordern:

- Einrichtungen der Vorschul- und Kleinkindpädagogik sollen kindergerecht gefördert werden *Der öffentliche Bildungsplan für Einrichtungen der Vorschul- und Kleinkindpädagogik lässt einen großen Ermessensspielraum in der Qualität der Umsetzung zu. Einrichtungen der Montessori-Pädagogik betrachten es als selbstverständlich, den Kindern die höchste Qualität anzubieten – die Förderungen decken jedoch gerade das Minimum an geforderter Qualität ab. Das betrifft insbesondere den durch die Förderung abgedeckten Betreuungsschlüssel, der sowohl nach den internationalen Standards als auch für die Umsetzung der optimalen Qualität völlig unzureichend ist.*
- Vorschul- und Kleinkindpädagogik soll gesellschaftlich aufgewertet werden *Die Förderung soll eine gerechte Bezahlung der Vorschul- und KleinkindpädagogInnen ermöglichen und somit ihre gesellschaftliche Aufwertung und volle Anerkennung als wichtiges Teil des Bildungssystems unterstützen.*
- Schulen in freier Trägerschaft sollen einen Rechtsanspruch auf öffentliche Förderung haben *derzeit besteht dieser Anspruch – im Gegensatz zu den konfessionellen Privatschulen – nicht.*
- Diese Förderung soll in einer Form erfolgen, die die pädagogische Unabhängigkeit sichert *das heißt, in der Regel nicht durch Zuweisung von Lehrern als lebende Subvention sondern durch eine Vergütung im Sinne des §19 Abs 3 des Privatschulgesetzes erfolgen.*
- Diese Förderung soll die Tatsache berücksichtigen, dass nicht alle SchülerInnen gleiche Kosten verursachen *Integration von Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Migrationshintergrund verursacht beispielsweise in der Regel für den Schulträger höhere Kosten, die in einer Förderung berücksichtigt werden sollen. Dies käme dem Wunsch von Schulen in freier Trägerschaft entgegen, Integration auf breiter Basis durchzuführen.*
- Diese Förderung muss finanzielle (und somit soziale) Einstiegshürden beseitigen

Sie muss jedenfalls ausreichend hoch sein und gegebenenfalls sozial gestaffelt, sodass die Schulen in freier Trägerschaft, was ohnehin ihr Wunsch und Bestreben ist, SchülerInnen ohne Rücksicht auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund ohne wirtschaftliche Einschränkungen aufnehmen können. Analog zum Kindergartenbereich könnten dabei diese Förderungen durchaus zum Teil direkte Förderungen der betroffenen Familien sein.

- Die Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft dürfen nicht strenger als bei konfessionellen Schulen sein *Eine Privatschule in freier Trägerschaft hat derzeit wesentlich strengere Auflagen als eine konfessionelle, um sich für eine Förderung zu qualifizieren (vergleiche hierzu §21 Privatschulgesetz, in dem die Voraussetzungen für Schulen in freier Trägerschaft festgelegt wurden mit dem für konfessionelle Schulen einzig relevanten §19 Abs 5). Die Rahmenbedingungen sind darüber hinaus mit den jeweiligen Dachverbänden abzustimmen.*
- Auch SchülerInnen in Privatschulen ohne Öffentlichkeitsrecht sollen Anspruch auf Schulfahrtbeihilfe haben *Derzeit steht diese laut §30a Abs 1 lit a Familienlastenausgleichsgesetz nur SchülerInnen einer mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Schule zu. Somit müssen SchülerInnen der Privatschulen ohne Öffentlichkeitsrecht nicht nur fast die gesamten Kosten ihrer Beschulung sondern zusätzlich noch die Beförderungskosten tragen.*

Freiheit bei der Umsetzung des jeweiligen pädagogischen Konzeptes

Die qualitativ hochwertige Umsetzung eines pädagogischen Konzeptes wie beispielsweise der Montessori-Pädagogik verlangt nach einem rechtlichen und organisatorischen Rahmen, der die organisatorischen und didaktisch-methodischen Besonderheiten des jeweiligen Konzeptes berücksichtigt. Grundsätzlich schaffen die relevanten Gesetze im Bereich der Vorschul- und Kleinkindpädagogik und das Privatschulgesetz diese Möglichkeit. Beispielsweise erlaubt das Privatschulgesetz für die LehrerInnen neben einer öffentlichen Lehrerbefähigung auch eine sonstige geeignete Befähigung (siehe §5 Abs 1 lit c Privatschulgesetz) und sieht die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes auch an Schulen vor, die nicht einer gesetzlich geregelten Schulart entsprechen, sondern nach einem eigenen Organisationsstatut arbeiten (sog. Statutenschulen). In der Praxis werden die Schulen in freier Trägerschaft jedoch im Rahmen der dafür vorgesehenen Genehmigung seitens der Schulbehörde in dieser Freiheit oft beschnitten.

Wir fordern:

- Das jeweilige pädagogische Konzept soll die Grundlage für die geforderte pädagogische Ausbildung bilden
Im Bereich der Vorschul- und Kleinkindpädagogik soll eine Montessori-Diplomausbildung im Rahmen der Einrichtungen der Montessori-Pädagogik einer KindergartenpädagogInnen-ausbildung gesetzlich gleichgesetzt werden. Die Beurteilung der Eignung einer Befähigung für das Lehren an einer Statutschule soll auf der Grundlage des pädagogischen und organisatorischen Konzepts erfolgen. Im Rahmen einer Montessori-Schule ist eine fundierte Montessori-Diplomausbildung die notwendige und (organisatorisch wie pädagogisch) ausreichende Voraussetzung für die Ausübung der Lehrtätigkeit.
- Schulen in freier Trägerschaft soll größtmöglicher Freiraum bei der Gestaltung ihres pädagogischen und organisatorischen Konzeptes gewährt werden
Bei der Genehmigung des Organisationsstatutes soll lediglich die Eignung des Konzeptes für die Erfüllung der öffentlichen Lehrziele und nicht seine Ähnlichkeit oder gar Identität mit einer öffentlichen Schulart beurteilt werden. Darüber hinaus sollen die zu erfüllenden Lehrziele einem breiten öffentlichen Konsens entstammen, der nur unter Beteiligung von Dachverbänden alternativer pädagogischer Prägung erreicht werden kann.
- Die Qualitätskontrolle der Einrichtungen in freier Trägerschaft soll zwischen der zuständigen Behörde und dem jeweiligen Dachverband geteilt werden
Dadurch bekommt die zuständige Aufsichtsbehörde zusätzliche Möglichkeiten, die Qualität einer Einrichtung inhaltlich zu beurteilen und sicherzustellen. Diese qualitätshebende Funktion wird von den Dachverbänden bereits wahrgenommen, es gilt, sie in die öffentliche Aufsicht zu integrieren.
- Die Gesetzeslage im Bildungsbereich soll bundesweit vereinheitlicht werden
Das betrifft insbesondere die Gesetzeslage im Bereich der Vorschul- und

Kleinkindpädagogik, die als Landessache höchst inhomogen ist. Nur durch ein Angleichen der Rahmenbedingungen ist jedoch im Bildungsbereich ein Transfer der „est Practices“ gewährleistet.

- Die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes an eine Privatschule soll bei Erfüllung der Voraussetzungen schnellstmöglich erfolgen
Derzeit wirken sich von der Behörde gesetzte Verwaltungsfristen auf die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes bremsend aus, und viele Schulen können im ersten Jahr ihres Bestehens und zum Teil auch darüber hinaus nicht um die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes ansuchen.
- SchülerInnen einer privaten Statutenschule mit Öffentlichkeitsrecht sollen gegenüber SchülerInnen öffentlicher Schulen nicht diskriminiert werden
Derzeit werden beim Übertritt von den SchülerInnen zum Teil Übertrittsprüfungen verlangt, die sie gegenüber den SchülerInnen, die aus einer öffentlichen Schule kommen und diese Prüfungen nicht ablegen müssen, benachteiligen.
- Der Beitrag der Einrichtungen in freier Trägerschaft für das Bildungswesen soll gewürdigt werden
Nicht zuletzt: es soll in der Öffentlichkeit (und vor allem bei den Organen der öffentlichen Hand) ein Klima geschaffen werden, in dem Einrichtungen, die nach fortschrittlichen pädagogischen Konzepten arbeiten, geschätzt werden, ihr Beitrag gewürdigt wird, und sie als starke Partner in dem Bemühen um die Zukunft unserer Kinder wahrgenommen werden.

Einrichtungen in freier Trägerschaft bilden einen wesentlichen und wichtigen Teil der Österreichischen Bildungslandschaft. Wir hoffen, dass die Anliegen dieser Einrichtungen in Ihrem Bildungsvolksbegehren ihren Platz haben werden.

Mit freundlichen Grüßen,

im Namen der Österreichischen Montessori-Gesellschaft

Mag. Saš Lapter

E-Mail: info@mi4.at

Telefon: +43 699 8110 19 65

Die Plattform EduCare unterstützt



Bildungsvolksbegehren erst im September

nachrichten.at

Der Industrielle und Ex-Vizekanzler Androsch will sein Bildungsvolksbegehren nicht wie geplant im Juni, sondern erst im September durchführen. Als Grund für die Verschiebung nannte Androsch die zahlreichen Feiertage im Juni. Bitte melden Sie sich an, ...

[Androsch: Bildungsvolksbegehren im September](#) derStandard.at

[FORMAT: Androsch-Bildungsvolksbegehren erst im September](#) APA OTS

(Pressemitteilung)

[NEWS.at - Vorarlberg Online - Das Nachrichten Portal - oe24.at \(Pressemitteilung\)](#)

[Alle 18 Artikel »](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

PH-Online

Berufsbegleitender Lehrgang für Quereinsteigerinnen zu Kindergartenpädagoginnen am bfi in Linz

Mit 56.300 Teilnehmern hat das Berufsförderungsinstitut bfi den Besucherrekord von 60.000 im Jahr 2009 verfehlt. Der Umsatz konnte hingegen auf den höchsten jemals erreichten Wert von 52 Millionen Euro gesteigert werden.

Christoph Jungwirth, einer der beiden bfi-Geschäftsführer, erklärt, dass der Trend zu längerfristigen Ausbildungen gehe. Diese brächten mehr Umsatz selbst bei rückläufigen Teilnehmerzahlen.

Neue Lehrgänge mit Berufsabschluss würden auch immer wieder kreiert. So startet im März in Kooperation mit der Kreuzschwesternschule ein berufsbegleitender Lehrgang für Quereinsteigerinnen, die Kindergartenpädagoginnen werden wollen. In fünf Semestern wird ausgebildet. „Hier wenden wir uns primär an Wiedereinsteigerinnen“, sagt Jungwirth. Das Interesse ist groß. Von 44 Kandidatinnen werden 20 ausgewählt. Das Unterrichtsministerium und das Land zahlen mit.

Zwei Drittel der bfi-Kurse werden im Auftrag der öffentlichen Hand durchgeführt. Die meisten davon beauftragt das Arbeitsmarktservice, das 2011 deutlich weniger Budget für diese aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung hat. „Da wir überwiegend längerfristige Ausbildungen machen, rechnen wir mit nur leichten Rückgängen aus diesem Geschäft“, sagt Jungwirth. 2011 soll der Umsatz bei rund 50 Millionen Euro zu liegen kommen.

Die wichtigsten Geschäftsbringer im kleineren, freien Kursbereich – hier buchen Einzelpersonen oder Firmen, nicht Institutionen – sind die Berufsreifeprüfung, aufgrund eines Großauftrages Ausbildungen im Verkehrs-/Transportbereich sowie Gesundheitsausbildungen. (sib)

Zahlen im Detail: Ein Drittel der Kursteilnehmer sind Twens

- 4925 Kurse wurden von 1400 Trainern abgehalten
- Das bfi hat 22 Standorte in ganz Oberösterreich
- Die Teilnehmer verteilen sich auf die fünf Regionen Linz/Mühlviertel (30.700), Wels (8500), Innviertel (9300), Salzkammergut (5200) und Steyr (2600).
- Ein Drittel der Kursteilnehmer ist zwischen 20 und 29 Jahre alt, zwischen 30 und 39 ist ein Fünftel, 22 Prozent sind zwischen 40 und 49, 12 Prozent sind zwischen 50 und 59 Jahre alt, zehn Prozent sind

http://www.nachrichten.at/ratgeber/beruf_bildung/art121,538186

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

**Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote**

Ministerin soll Taten setzen und keine Wünsche ans Christkind formulieren - Grüne für weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze

Wien (OTS) - "Freiwillige Selbstverpflichtungen scheinen hoch in Mode zu sein, haben aber die Schlagkraft eines Neujahrsvorsatzes. Wir alle wissen, dass es so nie passieren wird"" kritisiert Judith Schwentner, Frauensprecherin der Grünen, den jüngst geäußerten Vorschlag von Familienstaatssekretärin Remler, wonach sich Betriebe selber dazu verpflichten sollten keine Meetings nach 17 Uhr mehr anzusetzen. "Ich erwarte mir von einem Regierungsmitglied mehr als Wünsche an die Wirtschaft, die Wünschen ans Christkind gleichkommen. Remler soll klare Taten in Richtung Beteiligung von Frauen in der Wirtschaft setzen. Sie hätte Macht und Möglichkeit sich für verbindlichere Modelle einzusetzen, wie etwa die Einführung einer Quote".

"Die Entscheidung der Regierung den Bundeszuschuss zum Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Sprachförderung nach 2010 nicht mehr fortzusetzen halte ich für eine eklatante Fehlentscheidung. Die aktuellen Zahlen über den erfolgten Ausbau der letzten Jahre zeigen, dass man hier bereits auf einem guten Weg war. Es bedarf keiner Evaluation um zu sehen, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen, die mit der Berufstätigkeit beider Eltern vereinbar sind, in Österreich bei weitem noch nicht gedeckt ist. Gerade einmal 16 Prozent der unter 3-Jährigen Kinder haben eine Betreuung außer Haus. Der weitere Ausbau verträgt keinen Aufschub. Hier sollte Remler Handlungen setzen, anstatt fromme Wünsche an die Wirtschaft zu formulieren."

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: +43-1 40110-6697

<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Bundeszuschuss: 17.621 neue Kindergartenplätze

[DiePresse.com](#)

Da wurden nämlich zahlreiche Halbtags-Kindergärten in ganztägige
Betreuungseinrichtungen umgewandelt. So ist die Zahl der Halbtagsplätze auch um 9201 ...

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Vier Strafverfahren wegen Kindergartenpflicht-Verletzung

[derStandard.at](#)

"Der Gratiskindergarten hat einen Bedarf geweckt, der überrascht hat", bilanzierte Hummer.
Besonders deutlich trete das bei den Unter-Dreijährigen zutage. Hier sollte die

Betreuungsquote nach einer EU-Zielvorgabe bereits 33 Prozent betragen, ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Landesrätin Elisabeth Grossmann kämpft um Vollaths Erbe Gratiskindergarten: "Mein Spielraum ist sehr klein"

Gratiskindergarten: Familienlandesrätin Elisabeth Grossmann berichtet über ihre Nöte, den Eltern nicht sagen zu können, wie es mit dem Kindergarten weitergeht.

Frau Landesrätin, Sie haben sich bei der Kleinen Zeitung in Sachen "Gratiskindergarten" gemeldet. Warum?

ELISABETH GROSSMANN: Weil ich erklären möchte, wie schwierig es ist, mitten in den Verhandlungen über das Budget zu sagen, was nachher kommt. Wir bemühen uns sehr, das System einer kosten- und barrierefreien Basisbildung aufrechtzuerhalten.

Wie groß ist der Druck, der auf Ihnen lastet? Laufen die Telefone in Ihrem Büro heiß?

GROSSMANN: Ja, es gibt schon Anrufe. Weniger von Eltern als von Kindergartenpädagoginnen und auch von Funktionären, die wissen wollen, wie es weitergeht. Viele zeigen dann aber auch Verständnis, dass ich ohne Budget keine Aussagen machen kann.

Wirklich? Man gewinnt den Eindruck, dass das Verständnis enden wollend ist. Finden Sie es nicht selbst äußerst unbefriedigend, dass Eltern kurz vor dem Start der Anmeldefrist noch immer nicht wissen, ob es den Gratiskindergarten weiterhin geben wird?

GROSSMANN: Das ist auch für mich unbefriedigend und ich würde gerne schon mehr dazu sagen können. Aber ich weiß einfach nicht, wie viel Geld ich zur Verfügung haben werde, um sagen zu können, wie viel ich für die Kindergärten ausgeben kann. Dazu gibt es in der Regierung ein Schweigegelübde. Erst vor der Regierungssitzung am 17. März wird es Budgetklarheit geben.

Wie stehen Sie selbst zum Gratiskindergarten?

GROSSMANN: Er ist eine ganz wichtige bildungs- und sozialpolitische Einrichtung. Aber die Budgetmaßnahmen werden Schmerzen verursachen, nicht nur in meinem Ressort, jeden trifft es. Mir ist wichtig, dass Bildung für Kinder und Eltern keine Frage des Geldbörzels ist.

In Graz war laut Stadtrat Eisel-Eiselsberg der Kindergarten für bedürftige Familien davor auch schon de facto gratis.

GROSSMANN: Das alte Beihilfensystem war sehr streng, man durfte nur sehr wenig verdienen, sodass nur wenige Familien in den Genuss von Beihilfen gekommen sind. Das ist kein Vorbild.

Wie sehr werden Sie um den Gratiskindergarten kämpfen? Und gesetzt den Fall, Sie verlieren, ist das eine persönliche Niederlage?

GROSSMANN: Ich kämpfe darum. Wir haben aber auch große budgetäre Probleme, mit denen wir nicht die kommenden Generationen belasten können. Ja, die Rückkehr ins alte System wäre eine

Niederlage für mich.

Bettina Vollath hat seinerzeit den Gratiskindergarten eingeführt, heute ist sie Finanzlandesrätin.

Wäre es nicht besonders pikant, wenn Sie sich nun ihrem Druck, noch dazu als Parteikollegin, beugen und den Gratiskindergarten aufgeben müssten?

GROSSMANN: Das ist die Ironie des Schicksals. Uns beiden ist diese bildungspolitische Einrichtung wichtig, haben aber auch die Verantwortung eines konsolidierten Landeshaushalts. Das Land in den Konkurs schlittern lassen, geht ja auch nicht.

Was kostet eigentlich der Gratiskindergarten?

GROSSMANN: Mein budgetärer Spielraum ist sehr klein. Die größten Posten etwa für die Lehrer sind großteils Durchlaufposten. Für die Kindergärten gab es 2010 124 Millionen Euro, heuer sind es 131 Millionen Euro. Große Brocken der Mehrkosten gehen da in Bauprojekte, 230 sind es derzeit.

Viele Gemeinden bauen aus, weil mit mehr Dreijährigen viele Gruppen Zuwachs bekommen haben.

Das Budget wird 2012 auf 136 Millionen steigen.

GRATISKINDERGARTEN

Seit 2008 gibt es in der Steiermark den Gratiskindergarten für alle Drei- bis Sechsjährigen.

Die kostenlose Betreuung gilt für Halbtags- wie für Ganztagskindergärten.

Das kostenlose Kindergartenjahr für alle Fünfjährigen ist verpflichtend und eine Vereinbarung mit dem Bund.

DIE KOSTEN

Jährliches Budget: Grossmann beziffert die jährlichen Kosten für den Gratiskindergarten für 2010 mit 124 Millionen Euro.

Baaten: Darin enthalten sind auch die Kosten für die 230 derzeit laufenden Ausbauprojekte.

2011 und 2012: Das Budget steigt auf 131 bzw. 136 Millionen Euro (2012).

<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2676300/spielraum-sehr-klein.story>

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Verbesserung der Kindergarten-Öffnungszeiten

Utl.: LR Stemer: "Weiterentwicklung entsprechend dem Bedarf der Eltern" =

Bregenz (OTS/VLK) - Der Ausbau der Öffnungszeiten in den Vorarlberger Kindergärten schreitet kontinuierlich voran. Über 90

Prozent der 543 Kindergartengruppen bieten heuer eine über die vorgeschriebene Mindestöffnungszeit hinausreichende Betreuung zu Mittag bzw. am Nachmittag.

"Mit längeren und flexibleren Öffnungszeiten reagieren die Kindergärten auf die Bedarfsmeldungen der Eltern und können auch bereits durchgehende Betreuungsformen anbieten", sagt Landesrat Siegi Stemer.

Im neuen Kindergartengesetz ist die Mindestöffnungszeit von 7.30 bis 12.30 Uhr definiert. Darüber hinausgehende Öffnungszeiten werden in jeder Gemeinde im Rahmen einer Eltern-Bedarfserhebung festgelegt. Es gibt schon 94 Ganztagesgruppen mit Mittagsverpflegung, das sind um 28 mehr als im vergangenen Jahr. Weitere 277 Kindergartengruppen haben vormittags und nachmittags geöffnet, mit fixer oder flexibler Unterbrechung zu Mittag. Zudem existieren weitere individuelle Mittags- bzw. Nachmittagsangebote, die sich ganz nach dem Bedarf der Eltern richten. "Die Weiterentwicklung der Kindergartenangebote in Vorarlberg wird sich auch in Zukunft vorrangig am Bedarf der Eltern orientieren", so LR Stemer.

Damit Hand in Hand gehen Qualitätsverbesserungen durch das Kindergarten- und Schulkonzept. Dazu zählen die halbtägige Kindergartenpflicht für Fünfjährige, die Aufnahme von Dreijährigen, kleinere Gruppengrößen, regelmäßige Sprachstandsüberprüfungen und zusätzliche Sprachförderung. LR Stemer: "Die Erweiterung der Öffnungszeiten und Förderangebote verlangt hohen Einsatz von unseren Kindergartenpädagoginnen. Dafür gebührt ihnen ein herzliches Dankeschön."

Rückfragehinweis:

Landespressestelle Vorarlberg
Tel.: 05574/511-20137, Fax: 05574/511-920196
<mailto:presse@vorarlberg.at>
<http://www.vorarlberg.at/presse>
Hotline: 0664/625 56 68, 625 56 67

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/16/aom>

*** TS- ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTW RTUNG DES AUSENDERS - WWW. TS.AT ***

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

VP-Marek: Zahlreiche bildungspolitische Brennpunkte in Wien

APA TS (Pressemitteilung)

In ihren Ausführungen weist Marek darauf hin, dass es besonders in Wien auch hinsichtlich der Quantität der Kindergärten deutlichen Handlungsbedarf gebe, wie der jüngste Kontrollamtsbericht zum Gratiskindergarten in Wien ganz klar aufgezeigt habe. ...

FAMILIENPOLITIK

Gemeinsame Obsorge inklusive "roter Karte" geplant

Justizministerium arbeitet an entsprechender Novelle - Für Vater und Mutter soll es eine Einspruchsfrist geben

"Es führt kein gesetzlicher Weg an der gemeinsamen Obsorge der Eltern vorbei." Eine andere Interpretation des aktuellen Urteils vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ist für Michael Stormann, Leiter der Abteilung Familienrecht des Justizministeriums, nicht denkbar. Eine ministerielle Arbeitsgruppe befasst sich bereits mit einem Gesetzesentwurf. Allerdings will Stormann für Mutter oder Vater die Möglichkeit schaffen, "die rote Karte" gegen die gemeinsame Obsorge zu ziehen. Konkret denkt er an die Einführung einer Frist, in der ein Elternteil entweder bei Gericht oder beim Standesamt Einspruch erheben kann.

Anlass für die bevorstehende Novelle war das Verfahren eines unehelichen Vaters gegen Österreich in Straßburg. Der Mann hatte die Übertragung der Obsorge von der Mutter an ihn beantragt, scheiterte aber an der österreichischen Rechtslage. Denn laut dieser kann der Vater eines unehelichen Kindes nur dann die Obsorge erhalten, wenn die Mutter zustimmt. Dies verstöße jedoch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, urteilte der EGMR. Es müsse die Möglichkeit bestehen, dass das Gericht beiden Elternteilen die gemeinsame Obsorge einräumt - egal ob die Eltern verheiratet sind oder nicht, ergänzt Stormann. Denn auch Paare, die sich scheiden lassen, erhalten in Österreich seit 2001 nur dann das gemeinsame Sorgerecht, wenn sie dem Gericht eine Vereinbarung vorlegen.

Kontakt zum Kind schläft ein

Rund 20.600 Scheidungskinder gibt es pro Jahr in Österreich. Hinzu kommen noch an die 30.000 unehelich geborene Kinder, bei denen grundsätzlich von vornherein die Mutter das alleinige Sorgerecht besitzt. Die Volksanwaltschaft beschäftigte sich in ihrem Jahresbericht 2009 mit der Situation dieser Trennungskinder. Darin zitiert sie eine Studie, wonach 40 Prozent des Nachwuchses schon ein bis drei Jahre nach der Trennung "keinen oder nur mehr unregelmäßigen Kontakt zum Elternteil haben, der nicht mehr im gemeinsamen Haushalt lebt".

Eine gemeinsame Obsorge erhöhe die Bereitschaft, dass sich Mutter und Vater um das Kind kümmern - diese Erfahrung hat auch die Salzburger Kinder- und Jugendanwältin Andrea Holz-Dahrenstaedt gemacht. Eine 2008 vom Justizministerium in Auftrag gegebene Studie, "Was bringt die gemeinsame Obsorge?", habe ergeben, dass sie "zu einer Milderung des Konfliktklimas der Eltern" führe sowie "die Bindung des Kindes zum getrennt lebenden Elternteil festigt", erläutert die Kinderanwältin.

Generell spricht sie sich für eine Stärkung der Verantwortung beider Eltern aus. Doch dies werde nicht unweigerlich mit einer automatischen gemeinsamen Obsorge erreicht. Das Problem aus ihrer Sicht: "Das Spannungsfeld zwischen Elternrecht und Wohl des Kindes."

Das Recht des Kindes "auf regelmäßige persönliche Beziehungen und direkte Kontakte zu beiden Elternteilen" wurde mit Beschluss des Nationalrates Ende Jänner in der Verfassung verankert. Allerdings, so heißt es weiter in Artikel 2, darf dieses Recht dem Kindeswohl nicht entgegenstehen. "Was ist also, wenn Missbrauch oder Gewalt Grund der familiären Trennung waren?", meint Holz-Dahrenstaedt. In solchen Fällen sei ein automatisches gemeinsames Sorgerecht fatal. Aus diesem Grund will Stormann eine "Abfederung" der geplanten Familienrechtsnovelle. Lege eine Elternteil Veto gegen die gemeinsame Obsorge ein, müsse das Gericht prüfen.

<http://diestandard.at/1296696674207/Gemeinsame-Obsorge-inklusive-roter-Karte-geplant>

KINDERRECHTE

EU-Kommissarin mahnt: Österreich bei Kinderrechten säumig

Keine Vermisstenhotline - Initiative von Viviane Reding

"Es ist eigentlich beschämend", findet EU-Kommissarin Viviane Reding, "aber leider wahr. Nach vier Jahren haben erst zwölf von 27 EU-Staaten die Hotline für vermisste Kinder, Notruf 116000, eingeführt". Die für Grundrechte und Justizfragen zuständige Kommissarin richtete am Dienstag in Straßburg im Gespräch mit einer Gruppe von Journalisten "einen letzten Appell" an die Regierungen, dies umzusetzen: "Sonst muss ich zwangsweise legislative Schritte setzen." Auch Österreich darf sich angesprochen fühlen, neben Bulgarien, Zypern, Großbritannien u. a. Auch hierzulande fehlt eine zentrale Telefonnummer, die man anrufen kann, wenn man als Betroffener oder Zeuge einer Kindesentführung rasch und effizient Informationen loswerden möchte.

Das Beispiel ist einfach, aber es zeigt, dass in den rechtlichen und behördlichen Vollzügen oft Kleinigkeiten wichtig sind, die mit großem Schaden für Kinder als schwächere Mitglieder der Gesellschaft eintreten können, erklärt Reding. Denn bei einer Entführung spiele Zeit und rasches Handeln eine enorme Rolle. Die Kommissarin kündigte an, dass ihre Behörde ab sofort ein umfangreiches Programm, einen "Check der Kinderrechte" in Angriff nimmt.

Weit gespannter Bogen

Der gesamte Rechtsbestand der EU soll daraufhin überprüft werden, ob Kinder adäquat behandelt werden. Der Bogen ist weit gespannt: Ob Kinder im Tourismus ausgebeutet werden; oder ob sie in Scheidungsverfahren benachteiligt werden; ob sie von EU-Staaten viel zu rasch in Gefängnisse gesteckt werden, was laut Reding im Grunde kein Mittel sein kann, etwa bei Abschiebungen - überall da gäbe es Anknüpfungspunkte, die es zu überprüfen gelte. Insbesondere Opfer- und Zeugenschutz müsse bei Kindern extrem hoch sein. Elf "Aktionen" will die Kommission in den nächsten Jahren durchführen mit dem Ziel, dass die EU-Länder die Kinderrechte aktiv stärken. Dazu gehört auch, Roma-Kinder zum regelmäßigen Besuch von Schulen zu bringen.

Auch die Kommission selbst will kindergerecht agieren: Sie schafft auf ihrer Homepage einen eigenen Zugang für Kinder.

<http://derstandard.at/1297216469039/EU-Kommissarin-mahnt-Wien-bei-Kinderrechten-saeumig>

"Bitterböser Zynismus" im neuen Fremdenrechtspaket

[Wiener Zeitung](#)

Vor allem in der Frage der **Kinderrechte** orten die Grünen und die Liga für Menschenrechte Handlungsbedarf. Barbara Helige, Präsidentin der Liga für ...

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

**Presse-
Aussendungen**

Plattförm EduCare | Facebook

Plattform EduCare ist bei Facebook. Tritt Facebook bei, um dich mit Plattform EduCare und anderen Nutzern, die du kennst, zu vernetzen.

de-de.facebook.com/people/Plattform.../100001984122451

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

➔ **Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen** ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Empfehlungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Empfehlungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.